



Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

Kein Autobahnkreuz **mitten** im Wohngebiet
Keine Bundesfernautobahn A66 **quer** durch Frankfurt
Integriertes **Gesamtverkehrskonzept** - Jetzt!

Bau des Autobahndreiecks Erlenbruch rechtswidrig

Aus für A 66 Alleentunnel: Neue Planfeststellung für Ostumgehung Frankfurt A 661/66

Im Februar 2015 hat der Hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir endgültig den Planfeststellungsbeschluss (PFB) für die Autobahn A 66 Alleentunnel incl. der Autobahnspange zur A 661 aufgehoben. Mit diesem Schritt wurde – gemäß dem eindeutigen Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel vom 6.12.1988 - gleichzeitig auch der PFB von 1980 für den Bau der Autobahn Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 automatisch „nachträglich rechtswidrig“. Das Aktionsbündnis verlangt, dass der gesamte 1980 planfestgestellte Autobahnabschnitt Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661 vom Preungesheimer Dreieck bis zur AS Frankfurt-Ost Hanauer Landstraße incl. B 3a Kloppenheim in einem Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung und auf Grundlage der heute geltenden Grenzwerte für Lärm und Schadstoffe ganz neu planfestgestellt werden muss. Hessen Mobil hat dazu bereits eine neue Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben.

Aktionsbündnis fordert sofortigen Baustopp für das Autobahndreieck Erlenbruch

Bis zum Erlass eines neuen Planfeststellungsbeschlusses kann auch der 1980 genehmigte Endausbau der Ostumgehung der A 661 auf zwei Fahrbahnen (Bau der zweiten Richtungsfahrbahn Oberursel - Darmstadt) mit bis zu acht Fahrspuren nicht erfolgen, da diese Dimensionierung der A661 seinerzeit 1980 auf einem Verkehrskonzept beruhte, welches von einer Realisierung des Alleentunnels ausging. Damit ist nun auch jegliche Rechtsgrundlage für den Bau des Autobahndreiecks Erlenbruch entfallen, welches im Rahmen der Ostumgehung 1980 planfestgestellt wurde. "Ohne einen neuen Planfeststellungsbeschluss fehlt diesen Maßnahmen das notwendige gültige Planungs- bzw. Baurecht" sagt der Planungsrechtler Dirk Teßmer, der Anlieger in Bornheim, Riederwald und Fechenheim in mehreren Rechtsverfahren sowie auch Klagen im Zusammenhang mit A 661 und A66 (Tunnel Riederwald) vertritt. Deshalb fordert das Bündnis den Grünen Hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir auf, sofort für einen Baustopp zu sorgen.

Weiterer Ausbau von A 66 und A 661 für BVWP 2015 angemeldet!

Der Wegfall der A 66 Alleentunnel hat weitere Konsequenzen: So belegt die Verkehrsprognose für 2025 für den Bau der Autobahn A 66 Riederwaldtunnel eindeutig, dass die A 661 ohne eine gleichzeitige Erweiterung bei Anschluss der A 66 „nicht leistungsfähig“ sein wird. Auf Grund dessen hatte das Land Hessen - ohne die Öffentlichkeit vorab zu informieren - bereits Ende 2013 den weiteren Ausbau der Autobahnen A 66 und A 661 im Frankfurter Osten für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 in Berlin im „Vordringlichen Bedarf Plus (VB+)“ mit Realisierung bis 2030 angemeldet. Dabei ist vorgesehen, die A 661 zwischen Homburger Kreuz und AS Offenbach/Kaiserleikreisel von derzeit vier auf sechs Fahrstreifen plus Seitenstreifen zu verbreitern. D.h., die Ostumgehung A 661 hätte dann zw. Bornheim u. Seckbach zehn Fahrstreifen plus zwei Seitenstreifen statt der bisher planfestgestellten acht Fahrspuren. Für das Bündnis steht fest, dass der Bau des Riederwaldtunnels ohne diesen gleichzeitigen Ausbau der A 661 nicht erfolgen darf. Sonst würde es zu einem gigantischen Verkehrskollaps auf den Autobahnen und Stadtstraßen im Frankfurter Osten kommen!

Land Hessen will mit dem Betonkopf durch die Wand

Da die Verantwortlichen des Landes Hessen wissen, dass dieser Ausbau auf erheblichen Widerstand stoßen wird, will man nun mit dem Betonkopf durch die Wand. D.h. konkret, der Autobahnbau soll trotz neuer Verkehrsprognose für 2030 so durchgezogen werden, wie bisher geplant. Gegen alle Vernunft und notfalls gegen geltendes Recht. Dabei nehmen sie auch das unvermeidbare Verkehrschaos wie auch einen nachträglichen Teilabriss gerade neu gebauter Autobahnen in Kauf. Ein Schildbürgerstreich erster Güte. Diesem Treiben werden die Bürgerinitiativen nicht tatenlos zusehen und kündigen schon jetzt weitere rechtliche Schritte und Klagen an. Die geplanten Planänderungsverfahren u.a. für die „ergänzenden Lärmschutzmaßnahmen“ sind unter diesen Umständen bereits zum Scheitern verurteilt. Solange diese Probleme nicht gelöst sind, ist auch dem Bau des Riederwaldtunnels die rechtliche Grundlage entzogen und rückt dessen tatsächlicher Baubeginn in weite Ferne. Die Stadt Frankfurt muss sich jetzt endlich eindeutig für die Rechte der betroffenen Bevölkerung stark machen und die komplette Einhausung der Autobahnen durchsetzen!

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • BI Inheidener Str. • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt •
Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelth-Theeck
Leuchte 35a
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 - 367 51

Spendenkonto
IBAN:DE94 4306 0967 8032 6915 40
GLS Gemeinschaftsbank eG
BIC:GENODEM1GLS

Regelmäßige Treffen:
- monatlich -
für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de